

41**80**

Union in Deutschland

Bonn, den 20. November 1980

Schmidt hat den Wähler getäuscht

„Wir dürfen nicht totschweigen, was vor der Wahl gesagt wurde! Dem Rentenbetrug von 1976 folgte die Wählertäuschung von 1980“, erklärte Helmut Kohl auf den Landesparteitagen in Köln und Ludwigshafen.

„Alle Behauptungen von Schmidt und der Koalition haben sich nach dem 5. Oktober als falsch erwiesen.“

Man kann nicht — wie Schmidt — vor dem 5. Oktober Sorgen über die Haushaltslage des Bundes und Aufrufe zu Sparsamkeit und Solidarität wider besseres Wissen mit den Schimpfnamen „dummes Zeug“, „Verleumdung“ und „Angstmacherei“ versehen — und nach dem 5. Oktober so tun, als habe man selbstverständlich niemals etwas anderes als einen Kassensturz im Sinn gehabt und es immer als unausweichlich betrachtet, künftig kräftig den Rotstift walten zu lassen. Wer so vorgeht — der muß sich gefallen lassen, von den Bürgern nach seiner Glaubwürdigkeit gefragt zu werden.

In der vergangenen Woche — so war in einer großen deutschen Tageszeitung zu lesen — hat sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Gansel während einer Sitzung seiner Fraktion zu Wort gemeldet und wissen wollen, warum die Wahrheit über die

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ SOZIALPOLITIK

Die Rentner werden immer mehr verunsichert Seite 5

■ MINERALÖL- STEUER

Regierung handelt verantwortungslos Seite 6

■ JUNGE GENERATION

Zukunftschancen leichtfertig aufs Spiel gesetzt Seite 7

■ KOALITION

Beiträge zu den Störungen der Bundeswehrgelern und der Niederlage von Börner auf dem SPD-Parteitag in Hessen-Süd Seite 9

■ PARTEITAGE

LV Rheinland:
Bernhard Worms verdient das Vertrauen der rheinischen Parteifreunde Seite 11

LV Rheinland-Pfalz:
Ein Parteitag der breiten, offenen und kritischen Diskussion Seite 13

■ FRAKTION

Die Führung der CDU/CSU-Fraktion Seite 15

■ DOKUMENTATION

Bessere Bundespolitik für die Gemeinden und ihre Bürger/
Kommunalpolitisches Aktionsprogramm für den 9. Deutschen Bundestag grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Renten 1976 erst zwei Wochen nach dem Urnengang der Wähler auf den Tisch gelegt worden sei — und warum die Bürger vier Jahre später die Wahrheit über die Lage bei den Staatsfinanzen wiederum erst zwei Wochen nach der Wahl erfahren. Angesichts solcher Tatbestände setze er, Gansel, sich jedenfalls dafür ein, die nächste Bundestagswahl zwei Wochen später abzuhalten.

Hinter dem beißenden Sarkasmus des Abgeordneten Gansel verbirgt sich zornige Bitterkeit, die sich gegen die eigene Partei richtet — vor allem aber gegen jenen Mann, der seit seinem Amtsantritt nur zu oft nichts dabei gefunden hat, zwischen Wort und Wahrheit Gräben entstehen zu lassen, Bundeskanzler Schmidt.

Der Bundeskanzler, der von sich selber einmal gesagt hat, daß er „überall mit derselben Zunge zu reden“ pflege, ist immer wieder beim Gegenteil ertappt worden — ob 1974 beim Thema „Mehrwertsteuer“, ob 1975 beim Thema „wirtschaftlicher Aufschwung“, ob 1976 beim Thema „Finanzprobleme in der Rentenversicherung“, ob 1980 beim Thema „Staatsverschuldung und deren verheerende Folgen für die gesamte Politik“. Die Liste ließe sich beliebig verlängern. Schmidt — und mit ihm die Koalition — gehen mit ungezählten Hypotheken in die kommende Legislaturperiode. Die schwerste Hypothek trägt — wie 1976 — den Namen: Bürgertäuschung.

Wenn sich — was die Politik einer Regierung in einer parlamentarischen Demokratie anlangt — die Schere zwischen Wort und Wahrheit niemals wirklich schließt, sondern immer wieder weit

öffnet, so hat das Folgen für das Verhältnis zwischen Bürger und Politik, Bürger und Staat. Was müssen die Bürger, die heute zur Kasse gebeten werden, empfinden, wenn sie sich der starken Kanzler-Worte vor dem Wahltag erinnern? Müssen sie sich nicht verhöhnt fühlen? Wie wirkt ein Verhalten nach dem Motto: „Was kümmert mich mein Gerede von gestern?“ vor allem auf junge Menschen? Muß es in ihnen nicht Abneigung, ja Widerwillen gegen „die“ Politik insgesamt wecken?

Abkehr von der sogenannten schmutzigen Politik, wachsende Entfremdung zwischen Bürgern und Staat — das sind die Folgen eines Verhaltens, das glaubt, in einer parlamentarischen Demokratie die Wahrheit mißachten und die Bürger mit Worten in die Irre führen zu können.

Vertriebenen- und Flüchtlingsabgeordnete

Im Bereich der soziologischen Gruppen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich die Gruppe der Vertriebenen- und Flüchtlingsabgeordneten konstituiert. Zum Vorsitzenden wurde MdB Herbert Czaja wiedergewählt. Gleichberechtigte Stellvertreter sind: Herbert Hupka und Fritz Wittmann (CSU). Der CDU/CSU-Fraktion gehören 41 Abgeordnete an, die die Vertriebenen- oder Flüchtlings-eigenschaft haben.

An unsere Leser

Infolge einer Verwechslung ist in UID 40/80 bereits das kommunalpolitische Aktionsprogramm für den 9. Deutschen Bundestag angekündigt worden. Es erscheint in der jetzigen Ausgabe, grüner Teil. Wir bitten um Verständnis.

■ INFORMATION

Bürgerbeteiligung ja — Verbandsklage nein

Die Vereinbarungen in den Koalitionsverhandlungen von SPD und FDP, eine Verbandsklage im Naturschutz einzuführen, schaffen große Gefahren für die kommunale Selbstverwaltung, die parlamentarische Demokratie und viele für die Zukunft unseres Landes notwendige Investitionen. Hierauf wies Horst Wafenschmidt, MdB, Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands, hin und erklärte weiter: Zum Beispiel im Energiebereich. Wenn sich die Verbände ohne allgemeine demokratische Legitimation mit diesem Rechtsinstitut als Anwälte des öffentlichen Wohles betätigen können, ohne selbst von Maßnahmen unmittelbar betroffen zu sein, werden auf Dauer Zuständigkeit und Entscheidungen der vom Volk gewählten Parlamente in wichtigen Bereichen unterlaufen und ausgehöhlt. Rathäuser und Verwaltungen werden zu Außenstellen der Gerichte, zur Gesetzesflut kommt die Prozeßflut.

Bürgerbeteiligung gerade im Umweltschutz bewährt sich heute schon dort am besten, wo nach Gemeindeverordnungen und anderen Gesetzen Bürger bei Planungen und Entwicklung von Maßnahmen rechtzeitig informiert und eingeschaltet werden.

Union will Gerichtshof für Menschenrechte

Die CDU/CSU hat die Bundesregierung aufgefordert, sich beim zweiten Nachfolgetreffen der Konferenz für Sicher-

heit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Madrid für die Schaffung eines Menschenrechtsgerichtshofes einzusetzen.

In einem Brief an Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher betonte Helmut Kohl, eine solche Schutzinstitution könnte an die Erfahrungen mit der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, mit der Europäischen Kommission für Menschenrechte und mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anknüpfen. Er bezeichnete seinen Vorschlag als „konkreten Beweis“ für die Möglichkeit des Zusammenwirkens von Opposition und Regierung in einem grundlegenden Bereich.

Hansheinz Hauser führt erneut den Diskussionskreis Mittelstand

Die Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion, die aus dem mittelständischen Bereich stammen, haben sich erneut als Diskussionskreis Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion für die 9. Legislaturperiode konstituiert und einstimmig zu ihrem Vorsitzenden den bisherigen Vorsitzenden, Oberbürgermeister Hansheinz Hauser (Krefeld), wiedergewählt.

Einstimmig wiedergewählt wurden auch die bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Matthias Engelsberger für den CSU-Teil und Egon Lampersbach, der Ehrenvorsitzende der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU, der speziell den Bereich des Handels im engeren DKM-Vorstand repräsentiert. Da die bisherigen stellvertretenden DKM-Vorsitzenden Gerhard Zeitel und Philipp von Bismarck nicht mehr dem 9. Deutschen Bundestag angehören, wurden ebenfalls einstimmig die Abgeordneten Chri-

stian Schwarz-Schilling und Elmar Pie-roth zu Nachfolgern gewählt.

Die CSU-Abgeordneten Wolfgang Bötsch, Michael Glos und Jürgen Warnke wurden als Beisitzer im DKM-Vorstand bestätigt. Für den CDU-Teil im DKM-Vorstand wurden als Beisitzer gewählt: die Abgeordneten Haimo George, Lothar Haase (Kassel), Friedrich Jahn (Münster), Herbert W. Köhler (Duisburg), Heinz F. Landré, Winfried Pinger, Eberhard Pohlmann, Horst Schröder (Lüneburg), Hermann Schwö-rer, Willi-Peter Sick, Waltrud Will-Feld.

CDU stellte Tonbusse

Bei der zentralen Gelöbnisfeier der Bundeswehr in Bonn gab die CDU den Ton an. Nachdem es SPD und FDP abgelehnt hatten, die Beschallung bei der Veranstaltung zu übernehmen, stellte die CDU-Bundesgeschäftsstelle auf Bitte der Hardthöhe zwei Tonbusse für die Tonübertragung zur Verfügung. Gegen diese mit jeweils 1 000 Watt ausgestatteten Wagen hatten selbst Störer kaum Chancen, die Veranstaltung nachhaltig zu beeinflussen.

Meinungsaustausch zwischen Helmut Kohl und RCDS

Zu einem zweistündigen Meinungsaustausch traf in Bonn Helmut Kohl mit dem Bundesvorstand und dem politischen Beirat des Ringes Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) zusammen.

Hauptthemen waren die gesellschafts-politische Situation in der Bundesrepublik Deutschland sowie die grundsätzliche Weiterentwicklung christlich-demokratischer Politik und die Umsetzung in der praktischen Arbeit. Vor allem wur-

den Fragen des Umweltschutzes, der Friedenssicherung und der Entwicklungspolitik sowie die Abrüstungsthematik und die Bildungspolitik behandelt. Es wurde vereinbart, den Meinungsaustausch im kommenden Jahr fortzusetzen.

EVP-Zusammenarbeit

Zu einem mehrstündigen Gespräch trafen in Bonn Helmut Kohl und der Generalsekretär der Democrazia Cristiana, Flaminio Piccoli, zusammen. An dem Meinungsaustausch nahmen auf deutscher Seite auch der Vorsitzende der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament, Egon Klepsch, und auf seiten der italienischen Gäste der Vizepräsident der EVP, Vito Lattanzio, teil. Beide Seiten stellten mit Befriedigung fest, daß die gemeinsame Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament eine überzeugende und erfolgreiche Arbeit leistet.

Arbeitnehmergruppe neu konstituiert

Die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich neu konstituiert. Einstimmig wurde der bisherige Vorsitzende, Adolf Müller (Remscheid), wiedergewählt. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Heinrich Franke, Stephan Höpfinger und Otto Zink gewählt. Dem Vorstand gehören Norbert Blüm, Albert Burger, Leni Fischer, Günter Volmer und Wolfgang Vogt an. In den Vorstand kooptiert wurde Heiner Geißler. In der 9. Legislaturperiode gehören der Arbeitnehmergruppe 50 Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an.

■ SOZIALPOLITIK

Die Rentner werden immer noch mehr verunsichert

Die jetzt bekanntgewordenen Koalitionsvereinbarungen von SPD/FDP in der Rentenpolitik werfen mehr Fragen auf, als sie beantworten. Die seit Jahren anhaltende Verunsicherung der Rentner und Beitragszahler wird durch das Verhandlungsergebnis nicht beendet, sondern verschärft, erklärte Heiner Geißler.

Die Koalitionsvereinbarungen geben keine Antwort darauf, ob die Renten auf Dauer entsprechend der Entwicklung der Bruttolöhne oder der Nettolöhne angepaßt werden sollen.

Die Koalitionsvereinbarungen geben keine Antwort darauf, wie es mit den Prinzipien der Rentenfinanzierung vereinbart werden soll, daß auf der einen Seite die Beiträge erhöht und auf der anderen Seite die Bundeszuschüsse gekürzt werden.

Ein ganz trauriges Kapitel ist die Behandlung der Frage eines Krankenversicherungsbeitrages der Rentner. Die vorgesehene Regelung ist von den Belastungen her völlig unausgewogen und in der Durchführung höchst fragwürdig. Das gleiche gilt für die offenen Fragen zur Durchführung der Rente nach Mindesteinkommen.

Die CDU wird die Koalitionsvereinbarungen im einzelnen prüfen und dazu Stellung nehmen. Für die CDU sind Ver-

läßlichkeit, Berechenbarkeit und Sicherheit Grundpfeiler des Generationenvertrages. Die CDU wird einer Politik, die die Errungenschaft der Rentenreform von 1957, der bedeutendsten Sozialreform der Nachkriegszeit, aufs Spiel setzt, entschieden Widerstand entgegenzusetzen.

★

Mit 888 000 liegt die Zahl der Arbeitslosen jetzt schon um 126 000 höher als im Vorjahr. Für nächstes Jahr müssen wir mit 1,1 Millionen Arbeitslosen rechnen, erklärte MdB Adolf Müller (Remscheid) in Bonn. Vor der Wahl ging die Bundesregierung in ihrer mittelfristigen Finanzplanung noch davon aus, die Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit ab 1980 um jährlich 1,1 bis 1,5 Milliarden Mark kürzen zu können. Nach der Wahl wird immer wahrscheinlicher, daß die Bundesanstalt im nächsten Jahr sechs bis sieben Milliarden Mark an Zuschüssen aus der Bundeskasse braucht.

Was SPD und FDP sich zur Finanzierung dieses Defizits haben einfallen lassen, kann man nur als Etikettenschwindel bezeichnen. Jetzt soll die Beitragserhöhung der Rentenversicherung an die Arbeitslosenversicherung weitergeleitet werden

— das heißt, jetzt wird die Rentenkasse für die notleidende Arbeitslosenversicherung geplündert. Hier wird Politik nach der Devise betrieben: Ein Loch stopfen, ein Loch aufreißen!

■ MINERALÖLSTEUER

Regierung handelt verantwortungslos

Einer der unglücklichsten Punkte der Koalitionsvereinbarung von SPD und FDP ist die drastische Erhöhung der Mineralölsteuer. Damit werden vor allem die Pendler, die bisher schon den Löwenanteil der Benzinpreiserhöhungen zu tragen hatten, besonders hart getroffen, stellte Alfred Dregger fest.

Mit dem moralischen Mäntelchen „Energiesparen“, das dieser rein fiskalischen, auf die Zerrüttung der Bundesfinanzen zurückzuführenden Maßnahme umgehängt wird, gesteht die Bundesregierung zugleich ein, daß sie kein Konzept für ein sinnvolles Energiesparen besitzt und auch nicht das Notwendige getan hat, um vorhandene Energieträger optimal zu nutzen.

Zur Deckung unseres Energiebedarfs sind wir nahezu zur Hälfte vom Öl abhängig und damit den politischen Krisen in den Förderländern ebenso ausgeliefert wie ihrem Preisdiktat. Die Auswirkungen dieser Abhängigkeit werden verschärft durch die Tatsache, daß es auf dem flachen Land so gut wie keinen öffentlichen Personennahverkehr gibt und den Hausbesitzern weder Fernwärme noch Nachtstromspeicherheizung als Alternative zur Ölheizung zur Verfügung stehen.

Wir werden daher weiterhin Notstandspläne für plötzlich hereinbrechende krisenhafte Verknappung in der Schublade haben müssen, das politische Wohlergehen gegenüber den

Förderländern wird weiterhin unsere Außenpolitik bestimmen, und die Verteuerung der Ölimporte wird weiterhin unsere Leistungsbilanz verschlechtern — mit allen nachteiligen Auswirkungen auf den Außenwert der DM und die Arbeitsplätze, insbesondere in energieintensiven Branchen.

Unsere einzige Chance, aus diesem Teufelskreis auszubrechen, ist die tatkräftige Nutzung von Kohle und Kernenergie. Die Kohle, insbesondere die deutsche Kohle allein schafft es nicht, denn auch ihre Vorräte sind begrenzt und werden, wenn das Öl einmal zur Neige geht, dringend für all die chemischen Produkte — vom Kunststoff bis zu den Arzneien — gebraucht, die heute aus Öl hergestellt werden.

Je mehr Kohle wir heute verfeuern, desto eher wird dieser wertvolle Rohstoff für nachfolgende Generationen knapp. Deshalb ist es wichtig, Strom soweit wie möglich mit Kernreaktoren zu erzeugen und auch für die Kohleverflüssigung und -vergasung die Kernenergie zu nutzen. Dafür spricht schließlich, daß Strom aus Kernenergie billiger ist und so zur Dämpfung der ständigen Preiserhöhungen beitragen kann.

Kernenergie ist aber nicht nur für die Erhaltung unserer eigenen Arbeitsplätze und unseres Lebensstandards unverzichtbar. Die Dritte Welt, deren Bevölkerung explosionsartig anwächst, braucht das Öl und seine einfache Technologie für das nackte Überleben. Solange die Industriestaaten für Öl jeden Preis zahlen, weil sie sich den Luxus eines weitgehenden Kernenergieverzichts leisten, liegen die Entwicklungsländer unter dem Energie-Existenzminimum. Solidarität zur Dritten Welt heißt nicht nur reden, sondern auch entsprechend handeln.

■ JUNGE GENERATION

Zukunftschancen leichtfertig aufs Spiel gesetzt

Die in den Koalitionsverhandlungen getroffenen Absprachen zur Hochschulpolitik geben den Hochschulen und Studenten für die 80er Jahre eine düstere Zukunftsperspektive, erklärt der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU, Anton Pfeifer, zu den von SPD und FPD beschlossenen Kürzungen.

Die Bundesregierung hat angesichts der auch in den kommenden fünf Jahren wachsenden Studentenzahlen den Hochschulen und der jungen Generation vor der Bundestagswahl einen zügigen weiteren Ausbau der Hochschulen, wesentliche Verbesserungen der Studienbedingungen, insbesondere der Studentenwohnraumsituation, und bessere Chancen für Nachwuchswissenschaftler versprochen. Jetzt, nach der Wahl, müssen Hochschulen und Studenten sich auf das genaue Gegenteil gefaßt machen:

1. Obwohl die Wohnungsnot der Studenten in den letzten Jahren nie schlimmer als in diesem Semester war, obwohl nach den Schätzungen des Deutschen Studentenwerkes zur Zeit etwa 50 000 Studenten in der Bundesrepublik in unzureichenden Wohnverhältnissen leben und obwohl im kommenden Jahr noch mehr Studenten ein Studium beginnen werden, will die Bundesregierung die Mittel für den Studentenwohnraumbau um fast die Hälfte reduzieren.

Die CDU/CSU-Fraktion fordert die Bundesregierung auf, diese Absicht nochmals zu überdenken. Eine weitere Verschärfung der studentischen Wohnungsnot verschlechtert für viele Studenten die Studienbedingungen so, daß eine Verlängerung der in Deutschland ohnehin zu langen Studienzeiten die Folge sein wird. Alle Bemühungen um Studienzeitverkürzungen werden damit erschwert. Zugleich ist aber auch zu befürchten, daß die anhaltende Wohnungsnot der Studenten radikalen Studentengruppen neuen Zulauf bringt. Beide Konsequenzen sind in jeder Hinsicht unverantwortlich. Die zu befürchtende Verlängerung der Studienzeiten führt darüber hinaus zu Kostenmehrbelastungen, welche die Einsparungen im Studentenwohnraumbau auch finanziell hinfällig werden lassen.

2. Die Bundesregierung hat in der Vergangenheit mehrfach und zu Recht darauf hingewiesen, daß eine verbesserte Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses für die Leistungsfähigkeit der deutschen Forschung und für die künftige gesamtwirtschaftliche Entwicklung unseres Landes von ausschlaggebender Bedeutung ist. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat dazu am Ende der letzten Legislaturperiode des Bundestages Leitlinien vorgelegt, deren Verwirklichung in den kommenden Jahren ca. 60 bis 80 Mio. DM pro Jahr erforderlich machen würde.

Ein Gesetzentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses wurde noch vor einem halben Jahr von SPD und FDP mit der Begründung abgelehnt, man müsse ein umfassenderes Programm beschließen. Jetzt soll die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses „eingefroren“ werden.

Die CDU/CSU hält es für unvereinbar, einerseits ständig die schlechten Chancen des wissenschaftlichen Nachwuchses in unserem Land zu beklagen, andererseits aber mit dem Rotstift ausgerechnet auch an dieser für die Zukunftssicherung unseres Landes besonderen neuralgischen Stelle anzusetzen. Niemand in der CDU/CSU hat sich in den vergangenen Monaten der Illusion von Bundesminister Schmude hingegeben, daß angesichts der bekannten Haushaltssituation der Finanzminister zu einer Verdreifachung oder Vervierfachung der jährlichen Mittel für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses bereit sein würde.

Unser Ziel war und ist es, die seitherige Nachwuchsförderung nach dem Graduiertenförderungs-gesetz so umzustellen, daß besonders qualifizierten jungen Wissenschaftlern nach dem Studium die Chance zur weiteren Qualifikation in Wissenschaft und Forschung gesichert und der wissenschaftlichen Eliteförderung in unserem Land eine ausreichende finanzielle Basis geschaffen wird.

3. Im laufenden Jahr studieren erstmals mehr als eine Million Studenten an den Hochschulen. Um mit den steigenden Studentenzahlen einigermaßen Schritt halten zu können, haben Bund und Länder auf der Grundlage einer gemeinsa-

men Rahmenplanung in den vergangenen Monaten mit Hochschulbauten begonnen, deren Fortführung im kommenden Jahr ca. 900 Mio. DM Hochschulbaumittel des Bundes erfordert. Die von der Bundesregierung beschlossenen Einsparungen haben zur Folge, daß zumindest ein Teil der begonnenen Hochschulbauten nicht in der vorgesehenen Zeit abgeschlossen und finanziert wird, daß im kommenden Jahr trotz steigender Studentenzahlen keine neuen Bauten begonnen werden und 1982 bei weiter steigenden Studentenzahlen allenfalls Raum für ein minimales Bauprogramm besteht.

Die von Bund und Ländern beschlossenen Pläne für den Ausbau der Hochschulen sind angesichts der von den Koalitionsparteien beschlossenen Kürzungen nicht mehr realisierbar. Die CDU/CSU-Fraktion fordert die Bundesregierung auf, umgehend darzulegen, welche Konsequenzen sich ihrer Ansicht nach angesichts der steigenden Studentenzahlen und angesichts der von SPD und FDP beschlossenen Kürzungen in den kommenden Jahren für die Hochschulen und deren Ausbau ergeben.

Es ist nämlich zu befürchten, daß dies die Qualität der Forschung und Lehre an den deutschen Hochschulen mindern, den Numerus clausus wieder verschärfen, die Studienbedingungen verschlechtern und insgesamt zu neuen Radikalisierungstendenzen in den Hochschulen führen wird. Die Gesamtsituation der Hochschulen wird wesentlich schwieriger werden und dies, obwohl SPD und FDP vor der Wahl der jungen Generation eine Verbesserung ihrer Situation in Aussicht gestellt haben.

■ KOALITION

Apel muß endlich Lösungen anbieten

Der Druck auf die Bundeswehr und unsere Verteidigungsfähigkeit wächst. Die CDU/CSU teilt daher, wie der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter-Kurt Würzbach, erklärte, die vom Bundesminister für Verteidigung geäußerte Ansicht, daß das öffentliche Gelöbnis für die Demonstranten nur ein Vorwand sei und es ihnen und ihren Hintermännern in Wirklichkeit um einen Angriff gegen die Bundeswehr, die NATO und unsere Sicherheitspolitik gehe. Bezeichnenderweise führte die SPD in Bonn eine Gegenveranstaltung zum öffentlichen Gelöbnis durch, an der u. a. der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Ehmke, teilnahm.

Sozialdemokratische Verteidigungsminister bestimmen seit über 10 Jahren die mittel- und langfristige Planung der Bundeswehr. Die jetzt — nach den Wahlen — bekanntwerdende Finanzmiserie dürfte daher den Bundesminister der Verteidigung kaum überraschen. Es wird Folgen haben, daß die Bundesregierung dieses Problem — wider besseres Wissen und entgegen ständiger fachkundiger Beratung durch erfahrene Mitarbeiter — vor sich hergeschoben hat. Auf die schwerwiegenden Personalprobleme der Bundeswehr hat die CDU/CSU mehrfach hingewiesen.

Der Bundesverteidigungsminister muß nun endlich Lösungen anbieten. Er kann nicht — wie bisher — vertagen oder Kommissionen gründen.

Der Verteidigungswillen eines Teils der jungen Generation schwindet nach Ansicht des stellvertretenden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, Manfred Wörner, als Folge „mangelnder Erziehung“ und „unzureichender politischer Führung“. Als Beweis führte Wörner steigende Zahlen von Wehrdienstverweigerern, Angriffe auf die Bundeswehr und „illusionäre pazifistische Einstellungen auch in der SPD“ an.

Korruptions-Skandal bei Kölner SPD

Keine sechs Wochen nach der Wahl bekommt Köln den Skandal, der sich schon im Mai dieses Jahres andeutete und durch die fristlose Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden von Felten & Guillaume, Benno Feckler, seinen vorläufigen Höhepunkt erreichte.

Der Vorwurf der Schmiergeldzahlungen an die SPD, zuerst vom „Manager-Magazin“ an die Öffentlichkeit gebracht, scheint sich zu bestätigen. Der SPD-Unterbezirksvorstand Mittelrhein beschäftigte sich mit den Fällen der SPD-Stadtverordneten Jonar und Lindlar. Beiden wird vorgeworfen, sich unter Ausnutzung ihrer politischen Position bereichert zu haben. Zusammen sollen sie 234 000 DM Provision kassiert haben, und zwar aus Grundstücksgeschäften von Felten & Guillaume. Als Zahler trat nicht das Unternehmen auf, sondern eine Kölner Maklerfirma. 10 000 DM erhielt auch der Kölner SPD-Chef Günter Herterich. Er zahlte sie allerdings sofort an den „Internationalen Fonds für Solidarität“, eine Unterorganisation der SPD. Weitere 45 000 DM an Provisionsgeldern sollen auf ein Nummernkonto in der Schweiz eingezahlt worden sein.

Bölling — eine Fehlbesetzung

Allen negativen Erfahrungen mit dem bisherigen Amtsinhaber Gaus zum Trotz besteht die Bundesregierung darauf, statt eines erfahrenen Fachmannes wiederum einen Ständigen Vertreter nach Ost-Berlin zu entsenden, dessen Qualifikation vor allem in der Selbstdarstellung und in der politischen Agitation besteht. Klaus Bölling tritt diese Stelle keineswegs unbelastet an. MdB Franz Ludwig Graf Stauffenberg macht darauf aufmerksam, daß Bölling sein bisheriges Amt als Sprecher der Bundesregierung höchst parteilich versah und mitverantwortlich für den vom Bundesverfassungsgericht festgestellten Mißbrauch von Steuergeldern für den SPD/FDP-Wahlkampf ist.

Auch die frühere Tätigkeit Böllings bei einem kommunistischen Verlag in Ost-Berlin könnte sich belastend entweder für das Verhältnis zu seinen jetzigen Ostberliner Gesprächspartnern oder zu seinem gesetzlichen Auftrag auswirken.

SPD-Druckerei muß schließen

Das SPD-eigene Druckhaus Deutz in Köln wird am 30. Juni 1981 geschlossen, weil die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Fortführung des Betriebes nicht mehr gegeben sind. Darauf haben sich die Gesellschafter und die Geschäftsführung des Unternehmens geeinigt, wie SPD-Vorstandssprecher Schwartz in Bonn mitteilte.

Hessische SPD wegen Flughafenausbau gespalten

Mit deutlicher Zweidrittelmehrheit haben sich die Delegierten der südhessischen Sozialdemokraten auf dem außerordentlichen Bezirksparteitag in

Gießen-Allendorf gegen einen Bau der Startbahn „18 West“ auf dem Frankfurter Flughafen ausgesprochen. Damit stellte sich der Parteibeck gegen Ministerpräsident Holger Börner, der sich vorher erneut eindringlich für den Ausbau des Flughafens ausgesprochen hatte.

In diesem Zusammenhang schrieb die „FAZ“ am 17. November: „Die regierenden Sozialdemokraten... müssen sich wieder einmal fragen, ob sie, um innerparteiliche Kämpfe beizulegen, wichtige Projekte fallenlassen dürfen... Wie will die SPD mit den Folgen solcher Veto-Demokratie fertig werden, wenn sie nicht Manns genug ist, solchen Versuchen zu widerstehen?“

Provokation des Parlaments

Die Union hat sich scharf gegen eine Wiederverwendung des früheren Staatssekretärs im Verteidigungsministerium, Helmut Fingerhut, ausgesprochen. Die Bundesregierung will Fingerhut, der vor zwei Jahren in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden ist, zum Staatssekretär im Arbeitsministerium ernennen.

Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Röhner, erklärte dazu, die Wiederverwendung von Staatssekretär Fingerhut sei eine Provokation. Röhner wies darauf hin, daß Fingerhut im Zusammenhang mit dem Spionageskandal Lutze-Wiegel aus dem Amt entfernt worden sei. Er habe sich damals zu groben, „rein parteipolitisch motivierten“ Pflichtverletzungen hinreißen lassen und das Parlament in die Irre geführt, indem er vor dem Verteidigungsausschuß wahrheitswidrige Aussagen gemacht habe.

■ LANDESVERBAND RHEINLAND

Bernhard Worms hat das Vertrauen der rheinischen Parteifreunde

Als Nachfolger von Heinrich Köppler wurde auf dem 34. Landesparteitag der CDU Rheinland am 8. November in Köln der 50jährige Landtags-abgeordnete und Landrat des Erftkreises, Bernhard Worms, zum neuen Vorsitzenden der rheinischen CDU gewählt. Worms erhielt mit 384 von 480 abgegebenen Stimmen einen überwältigenden Vertrauensbeweis.

Der neue Vorsitzende des mitgliederstärksten Landesverbandes der Union ist seit frühester Jugend CDU-Mitglied und begann seine landespolitische Laufbahn als persönlicher Referent des letzten CDU-Ministerpräsidenten Dr. Franz Meyers. Im nordrhein-westfälischen Landtag hat er sich besondere Verdienste um die kommunale Neugliederung und um die Landesplanung erworben.

In einer vielbeachteten Rede nach der Wahl sagte Worms: „Integration und Ausgleich, Menschlichkeit und Verlässlichkeit, Offenheit und Toleranz, Vertrauen und Dialog, diese von Heinrich Köppler vorgelebten Maßstäbe gelten auch für mich in seiner Nachfolge im Amt des rheinischen Landesvorsitzenden.“

Zu Beginn hatte der Parteitag schweigend der zahlreichen Toten gedacht, die die CDU Rheinland in den vergangenen Monaten zu beklagen hatte, darunter zwei Landesvorsitzende, neben

Heinrich Köppler auch Wilhelm Johnen, der in der Nachfolge Konrad Adenauers in den fünfziger und frühen sechziger Jahren auch als Landtagspräsident und CDU-Fraktionsvorsitzender im NRW-Parlament wirkte.

Konrad Grundmann, der seit dem Tode Heinrich Köpplers die Partei kommissarisch geführt hatte, wurde vom Parteitag mit lang anhaltendem Beifall für seine treue Pflichterfüllung gedankt. Worms: „Konrad Grundmann hat maßgeblich dazu beigetragen, daß die rheinische CDU auch in schwierigen Phasen entscheidungs- und handlungsfähig geblieben ist. Unter seiner Führung haben wir den Landtagswahlkampf tapfer zu Ende geführt und auch den Bundestagswahlkampf mit großem Einsatz bestritten.“

Als Gäste des Parteitags begrüßte der Kölner Kreisvorsitzende und Tagungspräsident Heinz Soénus u. a. den Bundesvorsitzenden Helmut Kohl, der Worms ebenso wie der nordrhein-westfälische Oppositionsführer und westfälische Landesvorsitzende Kurt H. Biedenkopf gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit anbot, sowie den Bundes-schatzmeister Walther Leisler Kiep. Besonders herzlichen Beifall der Delegierten erhielt Erika Köppler, der der neue Landesvorsitzende direkt nach seiner Wahl einen ihm zugedachten Blumenstrauß überreichte.

In seiner vielbeachteten Rede ging Bernhard Worms auch auf die zahlreichen kritischen Diskussionsbeiträge ein,

die von den Delegierten in offener Aussprache vorgetragen worden waren. Worms: „Mit dieser innerparteilichen Diskussion und Positionsbestimmung bereiten wir uns darauf vor, in einem breit und offen angelegten Dialog unsere Vertrauensbasis in allen Gruppen der Bevölkerung zu erweitern und zu festigen.“

Für das Elternrecht

Bernhard Worms sagte u. a.: „Die strikte Beachtung des Elternrechts gehört zu den tragenden Grundsätzen unserer Schul- und Bildungspolitik. Diesem Grundsatz wollen wir auch in der Diskussion über das künftige Angebot an Schulformen treu bleiben. Das Recht der Eltern, ihre Kinder auf Schulen ihrer Wahl zu schicken, ist für uns ein wichtiger Maßstab. Dies nehmen wir für das gegliederte Schulwesen in Anspruch. Muß das dann nicht auch für neue Schulformen gelten? Wir bleiben die Partei des Elternrechts.“

Weiter stellte Worms fest: „Neben der Präsenz im vopolitischen Raum erscheint es mir besonders wichtig, daß wir mit dem geistig produktiven und kritisch denkenden Menschen — z. B. mit den Intellektuellen, Künstlern und mit den engagierten Christen — ins Gespräch kommen. Gerade im Rheinland haben Kritikfähigkeit, Geistesfreiheit und künstlerische Entfaltung eine gute Tradition, der auch wir uns verpflichtet fühlen. Unter den engagierten Christen begegnen wir immer mehr Menschen mit einem besonders geschärften Gewissen für die Nöte der Zeit. Sie nehmen die Herz- und Gedankenlosigkeit unserer materialistischen Welt nicht einfach hin. Wir können von ihnen lernen — wenn wir wollen.“

Der neue Vorsitzende will die Kreisparteien, die Orts- und Gemeindever-

bände, die die Hauptlast der harten Alltagsarbeit zu tragen haben, stärken: „Unseren Tausenden Mandatsträgern in den Gemeinden, Städten und Kreisen und ihren stillen Helfern, die das Bild der Partei im direkten täglichen Kontakt mit den Bürgern prägen, sage ich herzlichen Dank für ihre Arbeit. Die Konferenz der Kreisvorsitzenden werde ich als einen gestaltenden Faktor unserer Politik in die Willensbildung der Landespartei einbeziehen.“

„Ich werde darauf achten, daß das politische Gewicht der CDU Rheinland auch in den Gremien der Partei auf Landes- und Bundesebene voll zur Geltung kommt. Deshalb setze ich mich nachdrücklich dafür ein, daß Rainer Barzel, dem ich für seinen großen Einsatz im Bundestagswahlkampf herzlich danke, im Spitzengremium unserer Partei als Vertreter des Rheinlandes mitarbeiten kann.“

Unterstützung für Biedenkopf

Kurt Biedenkopf ist der Vorsitzende der Landtagsfraktion und damit Oppositionsführer in Düsseldorf. Für seine schwere Aufgabe sagt ihm die CDU des Rheinlandes ihre fortgeltende Loyalität und Unterstützung zu. Unser Stil ist es, miteinander und nicht übereinander zu reden. Im Landespräsidium werden wir partnerschaftlich und gleichberechtigt zusammenarbeiten.“

Die rheinische CDU kann und wird ihre führende Position als wählerstärkste politische Kraft, die sie im Jahr 1980 verloren hat, wiedergewinnen, wenn sie die vorliegenden drei wahlfreien Jahre richtig nutzt. Die Landesgeschäftsstelle hat für diesen Zeitraum Aktionsvorschläge vorbereitet, die unmittelbar nach dem Parteitag Vorstand und Parteivorsitzendem unterbreitet werden.

■ LANDESVIRBAND RHEINLAND-PFALZ

Ein Parteitag der breiten, offenen und kritischen Diskussion

Zur Nachdenklichkeit anregen wollte der 25. Parteitag der CDU Rheinland-Pfalz, um in Nüchternheit zu prüfen, „wie der Parteiweg beschrritten werden kann, der auf die Straße des Erfolges führt“. Dieses Ziel hatte Landesvorsitzender Bernhard Vogel den Delegierten am 7. und 8. November in Ludwigshafen vorgegeben.

Daß die rheinland-pfälzische CDU bereit ist, diesen Weg zu gehen, bestätigten ihr denn auch die zahlreichen Vertreter der Medien, die in Berichten und Kommentaren ein übereinstimmend gutes Bild von diesem Parteitag der breiten, offenen und kritischen Diskussion zeichneten.

Mit zwei Aussagen bestimmte Bernhard Vogel den augenblicklichen Standort der Partei: Die Union habe die Bundestagswahlen vom 5. Oktober verloren, aber ihre Geschlossenheit bewahrt. „Wer diese Solidarität in Frage stellt“, so Vogel, „wer versucht, aus ihr auszuscheren, der wird auf den entschiedenen Widerstand der CDU von Rheinland-Pfalz stoßen.“

Wenn die Union trotz ihrer Niederlage zuversichtlich in die Zukunft blicke, dann sei das vor allem das Verdienst von Helmut Kohl. Vogel dankte ihm, ebenso wie Franz Josef Strauß und Gerhard Stoltenberg, für den vorbildlichen Einsatz im Wahlkampf. Dem Glückwunsch für Kohl zu dessen einmütiger

Wiederwahl als Fraktionsvorsitzender fügte Vogel den Satz an: „Und wir wollen, daß er auch über 1981 hinaus unsere Partei führt.“

Die Union kämpfe nach wie vor für die politische und die geistige Wende. Ohne Neubesinnung in der Außen- und Innenpolitik werde vielleicht der Friede, aber sicher nicht die Freiheit nach außen und innen bewahrt und gesichert. Ausgangspunkt für den Kampf um diese Wende sei das Grundsatzprogramm, das die CDU im Oktober 1978 in Ludwigshafen beschlossen hat. „An ihm ist nichts zu ändern, wegzulassen oder hinzuzufügen. Nur: Wir alle müssen es ernster nehmen. Wir brauchen kein neues Profil, wir müssen unser altes Profil nur klarer zeigen!“

„Es reicht nicht aus zu sagen, was die anderen falsch machen. Der Wähler will wissen, wie wir es anders und besser machen wollen. Wir müssen unsere Neigung aufgeben, präziser zu wissen, wogegen wir sind als wofür“, rief Vogel unter dem starken Beifall der Delegierten aus.

So müsse die Union z. B. Barrieren abbauen zu den jungen Frauen, zu Teilen der Arbeiterschaft, zu den Jugendlichen, zu den Intellektuellen.

Obschon stolz auf den Landesverband Rheinland-Pfalz, sei er dennoch keineswegs mit dessen politischer Arbeit restlos zufrieden. Alle müßten sich fragen, „was wir besser machen können“. Das nächste Ziel sei klar und erreichbar:

auch 1983 die absolute Mehrheit im Lande zu erringen.

Dazu solle eine stärkere Sachdiskussion stattfinden, auch im Gespräch mit dem einfachen Mitglied und dem Bürger. Vogel nannte dazu einige Themen: Neues Kommunalwahlrecht, Umweltschutz, Energieversorgung, entschiedene Haltung gegen Ausländerfeindlichkeit, Verhältnis zwischen Bürger und Staat, Kabelfernsehprojekt Ludwigshafen. Der Wunsch des zum dritten Mal wiedergewählten Landesvorsitzenden, daß auch die 20- bis 30jährigen im neuen Landesvorstand vertreten sein mögen, entsprach der Landesparteitag, indem er zwei Kandidaten der Jungen Union, Christoph Böhr und Eugen Marthaler, wählte. Der Landesvorsitzende selbst verbuchte mehr Gegenstimmen als noch vor zwei Jahren, fand allerdings fast 90 Prozent Zustimmung.

Die zahlreichen Anträge und Wortmeldungen belegten, daß die rheinland-pfälzische CDU in der Tat entschlossen ist, das offene Gespräch miteinander und mit dem Bürger zu führen. Dabei sollten im Sinne des Vertrauens und der Toleranz die Dinge „ehrlich beim Namen“ genannt werden, wie es JU-Vorsitzender Helmut Klapheck in der Diskussion ausdrückte. Denn eine offene, wenn auch unbequeme Kontroverse sei schließlich auch ein Zeichen für Leben, „und Leben gehört in die Partei“, wie ein anderer Delegierter formulierte.

Bundesweite Resonanz erhofft sich die rheinland-pfälzische CDU von ihrer Anregung, auch künftig — und unabhängig von Wahlkämpfen — gemeinsame Delegiertenkonferenzen der beiden Unionsparteien zu veranstalten: „als eine gute Voraussetzung für eine weitere enge Zusammenarbeit beider Parteien“.

Mit einem wahren Sturm der Begeisterung wurde Helmut Kohl von seinem Landesverband in seiner Heimatstadt

empfangen. Zwar habe die CDU/CSU-Fraktion 17 Sitze weniger, aber bilde jetzt eine stärkere Opposition, meinte Kohl. „Es gibt eine Verdrossenheit über Politiker, die nach der Wahl anders reden als vorher“, hielt er den Bonner Koalitionsparteien vor, und mahnte die eigenen Parteimitglieder: „Wir haben uns ein Programm gegeben, um es zu leben, und nicht, um es zu Hause in Schubladen abzulegen.“

Generalsekretär Heiner Geißler, dem die Unterstützung „seines“ Landesverbandes ebenso sicher ist, appellierte in gleicher Weise an Einheit und Solidarität: Das Thema „4. Partei“ sei „historische Makulatur“, eine künstliche Spaltung führe zu einem Verlust an Vertrauen beim Bürger. Die Union müsse ihre Sachkompetenz auf allen Gebieten sichtbar machen und verstärken — dazu gehöre die Verpflichtung, das Grundsatzzprogramm der CDU ernst zu nehmen. „Wahlen kann man verlieren“, schloß Geißler, „aber was wir nicht verlieren dürfen, ist der Glauben an unsere eigene, bessere Sache!“

Der neue Landesvorstand setzt sich wie folgt zusammen: Landesvorsitzender: Bernhard Vogel (wiedergewählt, 356 ja, 39 nein, 12 Enthaltungen); Stellvertreter: Otto Meyer (w., 385 ja, 11 nein); Schatzmeister: Otto Theisen (w., 319 ja, 64 nein); Beisitzer: Elmar Pieroth (w., 380); Georg Gölder (w., 378); Kurt Böckmann (w., 376); Roswitha Verhülsdonk (w., 368); Carl-Ludwig Wagner (w., 367); Franz Schapfel (w., 365); Heinz Korbach (w., 337); Werner Marx (w., 334); Werner Weidenfeld (w., 332); Maria Herr-Beck (w., 330); Helga Henselder (n., 329); Christoph Böhr (n., 310); Hansjürgen Doss (w., 304); Heinrich Holkenbrink (w., 291); Eugen Marthaler (n., 242). Nicht mehr kandidiert hatten Johann Wilhelm Gaddum, Kurt Lechner und Heinz Schwarz.

Die Führung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

I. VORSITZENDER

Helmut Kohl (CDU)

II. STELLVERTRETENDE VORSITZENDE

Friedrich Zimmermann (CSU)

Norbert Blüm (CDU)

zugeordnet Aufgabenbereich:

- Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales
- Arbeitsgruppe Bildung und Forschung
- Arbeitnehmergruppe

Alfred Dregger (CDU)

zugeordnet Aufgabenbereich:

- Arbeitsgruppe Recht
- Arbeitsgruppe Inneres/Umwelt
- Arbeitsgruppe Energie
- Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik
- Gruppe der Vertriebenen- und Flüchtlings-Abgeordneten

Walther Leisler Kiep (CDU)

zugeordnet Aufgabenbereich:

- Arbeitsgruppe Wirtschaft
- Arbeitsgruppe Landwirtschaft
- Arbeitsgruppe Verkehr/Post
- Arbeitsgruppe Raumordnung, Bauwesen, Städtebau
- Arbeitsgruppe Finanzen und Haushalt
- Gruppe Diskussionskreis Mittelstand

Helga Wex (CDU)

zugeordnet Aufgabenbereich:

- Arbeitsgruppe Familie (mit Jugend)
- Gruppe der Frauen

Manfred Wörner (CDU)

zugeordnet Aufgabenbereich:

- Arbeitsgruppe Außenpolitik
- Arbeitsgruppe Verteidigung
- Arbeitsgruppe Entwicklungshilfe
- Arbeitsgruppe Innerdeutsche Beziehungen und Berlinfragen

III. PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRER

Philipp Jenninger (CDU)

Paul Röhner (CSU)

Gerhard Kunz (CDU)

Wilhelm Rawe (CDU)

Dorothee Wilms (CDU)

IV. JUSTITIAR

Paul Mikat (CDU)

Reinhold Kreile (CSU)

V. VORSITZENDE (= SPRECHER) DER ARBEITSGRUPPEN

1. Recht (mit Petitionen, Geschäftsordnung, Immunität und Wahlprüfung): **Benno Erhard** (CDU)
2. Inneres/Umwelt (mit Sport): **Carl-Dieter Spranger** (CSU)
3. Wirtschaft: **Theodor Waigel** (CSU)
4. Energie: **Heinz Riesenhuber** (CDU)
5. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: **Ignaz Kiechle** (CSU)
6. Verkehr/Post: **Dieter Schulte** (CDU)
7. Raumordnung, Bauwesen, Städtebau: **Friedrich-Adolf Jahn** (CDU)
8. Finanzen und Haushalt: **Hansjörg Häfele** (CDU)
9. Außenpolitik: **Alois Mertes** (CDU)
10. Verteidigung: **Peter-Kurt Würzbach** (CDU)
11. Entwicklungspolitik: **Elmar Pieroth** (CDU)
12. Innerdeutsche Beziehungen und Berlinfragen: **Peter Lorenz** (CDU)
13. Arbeit und Soziales: **Heinrich Franke** (CDU)
14. Familie, Jugend und Gesundheit: **Hermann Kroll-Schlüter** (CDU)
15. Bildung und Forschung: **Anton Pfeifer** (CDU)

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Kandidaten für das Amt eines Ausschuß-Vorsitzenden benannt. Es sind dies:

Haushaltsausschuß: **Heinrich Windelen**
 Verteidigungsausschuß: **Werner Marx**
 Auswärtiger Ausschuß: **Rainer Barzel**
 Ausschuß für Wirtschaft: **Werner Dollinger**
 Ausschuß für Verkehr: **Karl Heinz Lemmerich**
 Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: **Oscar Schneider**
 Ausschuß für Forschung und Technologie: **Albert Probst**
 Sportausschuß: **Ferdinand Tillmann**
 Für einen neu einzurichtenden Energieausschuß: **Karl-Heinz Narjes**
 Petitionsausschuß: **Lieselotte Berger**

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÖHR BEZAHLT

ZITATE

Miserabler Start

Die Koalition bietet selbst nach dem Urteil vieler Freunde der Regierung ein trauriges Bild. Von einer Entscheidungsfreudigkeit und Entschlossenheit des Bundeskanzlers ist nichts zu hören und nichts zu spüren. Der Kitt dieses Bündnisses scheint nur noch der Wunsch zu sein, gemeinsam an der Macht zu bleiben.

Rheinische Post, 12. November 1980

Die neue Regierung Schmidt/Genscher hat einen miserablen Start. Da gibt es Personalentscheidungen, die nicht zu rechtfertigen sind (Fingerhut). Da wird öffentlich der Bundesernährungsminister zur Ordnung gerufen, weil er ohne Abstimmung mit dem Kabinett der tragwürdigen Brüsseler Einlageungsaktion für Kalbfleisch zugestimmt hat. In der SPD wächst die Unzufriedenheit über das Regierungsprogramm. Der DGB-Vorsitzende Vetter mahnt die Sicherung der Montan-Mitbestimmung an. Die Länder beschwerten sich darüber, daß der Bund mit verbindlich zugesagten Geldern in Zahlungsverzug gerät.

Frankfurter Allgemeine Zeitung,
13. November 1980

In Bonn trägt man „Muffe“, wie die Jungsozialisten den regierungsamtlichen Kleinmut zur Zukunft zu bezeichnen belieben. Aber auch aus anderen Ecken des Regierungslagers hört man Murren, Zähneknirschen und bissige Sprüche gegen die „Bonner Eröffnung“ der neuen Regierung, die Schachspieler Helmut Schmidt zog und verpatzte.

Die Welt, 13. November 1980

In der SPD gärt und brodeln es. Der Unmut bricht sich Bahn. Die Partei findet sich in dem Ergebnis der Koalitionsverhandlungen nicht wieder, sie fürchtet um ihre Identität, das Verkümmern ihrer Wurzeln in der Gewerkschaftsbewegung. Die Angst vor einem von der FDP diktierten zweiten Godesberg geht um. „Wer hat uns verraten — Sozialdemokraten“, riefen einst protestierende Studenten. Heute muß die SPD fürchten, daß Arbeiter und Gewerkschafter ähnliches anstimmen.

Handelsblatt, 13. November 1980

Die Beschlüsse über das Prämien- und Bausparen sehen aus wie eine Aktion bei Nacht und Nebel. Die Rechtslage wird von einem Tag auf den anderen geändert. Was gestern noch galt, gilt morgen nicht mehr. Wenn sich der Bürger vor den Kopf gestoßen fühlt, ist das kein Wunder.

Kölnischer Stadt-Anzeiger, 13. November 1980

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UfD